

GESUNDHEIT

Krebsgesellschaft NRW kritisiert Nachsorge für Patienten

22.05.2017 - 18:59 Uhr



Foto: Jörg Schimmel

Dr. Margret Schrader (rechts im Bild bei der Vorstellung der Krebsberatung Duisburg) kritisiert, dass die Krebsgesellschaft in der Politik an Beachtung verloren habe.

ESSEN. Die Krebsgesellschaft NRW zählte zuletzt 110.000 Neuerkrankungen und fordert für Patienten einen besseren Übergang von der Klinik zur Beratung.

Damit Krebspatienten nach dem Aufenthalt im Krankenhaus besser versorgt werden, fordert die Krebsgesellschaft NRW eine stärkere Zusammenarbeit von Medizinerinnen und Beratungsstellen. „Während die Nachsorge in der Krebstherapie gut organisiert ist, muss der Übergang zu Beratungsangeboten und Hilfen deutlich verbessert werden“, sagt **Margret Schrader**, Geschäftsführerin der Landeskrebsgesellschaft.

Die Chance für Krebspatienten, durch Therapie zu überleben, sei bei einer Reihe von Tumoren deutlich gestiegen. „Daraus ergeben sich neue Herausforderungen, um die Lebensqualität dieser Menschen zu verbessern“, so Schrader weiter.



Margret Schrader von der Krebsgesellschaft NRW.
Foto: WP

Den aktuellsten Zahlen des Krebsregisters zufolge sind 2014 in NRW rund 55 000 Männer und knapp 53 200 Frauen neu mit Krebs diagnostiziert worden. Bis 2020 ist mit einer Zunahme der Neuerkrankungen um sechs bis acht Prozent zu rechnen. Die Krebsgesellschaft schätzt, dass in NRW rund 800 000 Menschen leben, die an Krebs erkrankt sind oder es waren. Damit wachsen die Kosten fürs Gesundheitssystem und der Bedarf an psycho-sozialen Angeboten, sagt Schrader: „Oft wissen die Patienten nicht, an wen sie sich nach der Therapie wenden können.“ Es müssten konzeptionelle „Patientenpfade“ entwickelt werden, nach denen Betroffene betreut werden.

Schrader kritisiert, dass die Krebsgesellschaft in der Politik an Beachtung verloren habe. Seit 2012 seien die Landesgelder auf 200 000 Euro gesunken, 2017 gab es nichts mehr. Im Gesundheitsministerium wird auf einen Entscheid des Landesrechnungshofes von 2012 verwiesen, nach dem nur noch Einzelprojekte gefördert würden. Eine institutionelle

Förderung sei nicht möglich.